

16 Wissenschaftler fordern Fortpflanzungsmedizingesetz

Berlin. In der von der Nationalen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Reihe „Leopoldina Diskussion“ haben 16 deutsche Wissenschaftler die Ablösung des Embryonenschutzgesetzes durch ein neues Fortpflanzungsmedizingesetz gefordert. Wie die Autoren schreiben, würden in Deutschland pro Jahr 80.000 künstliche Befruchtungen vorgenommen. Da das „Durchschnittsalter der Erstgebärenden“ aus gesellschaftlichen Gründen steige, die „biologische Fruchtbarkeit im Alter“ aber abnehme, werde „die Zahl der Hilfesuchenden aller Voraussicht nach weiter ansteigen“. Weltweit würden zudem Verfahren wie die Eizellspende, die Embryospende und die Leihmutterschaft vermehrt in Anspruch genommen. Das fast 30 Jahre alte Embryonenschutzgesetz enthalte nur strafrechtliche Verbote und erlaube „keine angemessene Reaktion auf die medizinische Entwicklung und den gesellschaftlichen Wandel und werde der Komplexität der Materie nicht gerecht“.

In dem 10-seitigen Papier fordern die Autoren, zu denen die Juristen Jochen Taupitz (Mannheim) und Horst Dreier (Würzburg), die Bioethiker Claudia Wiesemann (Göttingen) und Hartmut Kreß (Bonn) sowie die Reproduktionsmediziner Hennig Beier (Aachen), Klaus Diedrich (Lübeck) und Heribert Kentenich (Berlin) zählen, unter anderem eine neue Definition des Embryos, die Einführung des sogenannten elektiven Single-Embryo-Transfers, die Öffnung künstlicher Befruchtungen für gleichgeschlechtliche Paare und damit verbunden, die Abschaffung der in Deutschland geltenden Verbote von Eizellspende und Leihmutterschaft.

Schweiz plant Gesetz zum Schutz vor „Genderzid“

Bern. Der Schweizer Bundesrat arbeitet an einem Gesetz, wonach die Bekanntgabe des Geschlechts durch den Arzt bis zum Ablauf der Frist für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch ausdrücklich verboten sein soll. Das berichtet die überregionale katholische Zeitung „Die Tagespost“. Wie die Zeitung schreibt, berichteten Schweizer Ärzte, dass der Wunsch nach vorgeburtlicher Geschlechterselektion steige. Schätzungsweise komme es in der Schweiz jährlich zu rund 100 Abtreibungen aufgrund des „falschen“ Geschlechts. Wie das Blatt weiter schreibt, verschärften neue, unkomplizierte genetische Tests das Problem. Tatsächlich kann das Geschlecht mittels nicht-invasiver Bluttests bereits in der neunten Schwangerschaftswoche und damit wesentlich früher festgestellt werden als bei einer Ultraschalluntersuchung. Erhebungen der vergangenen Jahre zeigten, dass trotz Verboten die Praxis des „Genderzids“ in Industrienationen weiter verbreitet sei als bisher angenommen. In Deutschland verbietet das Gendiagnostik-Gesetz, das Ärzte Eltern das Geschlecht eines ungeborenen Kindes vor Ablauf der 12. Schwangerschaftswoche mitteilen.

Studie: IVF korreliert häufig mit genetischer Instabilität

Löwen. Im Labor erzeugte Embryonen weisen im Vergleich zu denen, die in vivo gezeugt wurden, signifikant höhere Instabilitäten im Genom auf. Das berichtet das Online-Portal des „Deutschen Ärzteblattes“ unter Berufung auf eine Tierstudie, die im reproduktionsmedizinischen Fachjournal Human Reproduction (DOI: 10.1093/humrep/dex286) erschienen ist. Demnach hätten unter den in vivo gezeugten Embryonen knapp 20 Prozent eine chromosomale Anomalie aufgewiesen. Bei im Labor gezeugten Embryonen seien solche Ab-

weichungen je nach Art der reproduktionsmedizinischen Maßnahme bei rund 70 bis 85 Prozent der Embryonen aufgetreten.

Anstelle von Mäusen, den üblichen Versuchstieren der Reproduktionsmediziner, forschte die Arbeitsgruppe um Joris Robert Vermeesch vom Zentrum für Humangenetik der Universität Leuven an Holsteinischen Kühen, da diese sich für den Abgleich von genetischen Instabilitäten beim Menschen besser eigneten. Wie das „Ärzteblatt“ berichtet, schreiben die Autoren, dass sich die Ergebnisse ihrer Studie zwar nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragen ließen. Dennoch ließen die Ergebnisse den Schluss zu, dass zu den Komplikationen einer künstlichen Zeugung von Menschen auch eine erhöhte Rate genetischer Aberrationen zähle.

Weshalb chromosomale Aneuploidien infolge einer In-Vitro-Fertilisation im Vergleich zur natürlichen Zeugung vermehrt auftreten, zu einer erhöhten Abortrate und der nach wie vor eher geringen Erfolgsrate von Laborzeugungen beitragen, gilt bisher als ungeklärt. Wie das „Ärzteblatt“ weiter schreibt, liege die sogenannte Baby-Take-Home-Rate laut dem letztem Report des Deutschen IVF-Registers lediglich bei 20 Prozent.

Polen: Initiative will eugenische Abtreibung verbieten

Warschau. Polens Ministerpräsidentin Beata Szydlo hat sich erneut bereit erklärt, die Abtreibungsgesetzgebung des Landes zu verschärfen. Der in Kattowitz erscheinenden katholischen Zeitschrift „Gosc Niedzielny“ sagte Szydlo, sie werde im Parlament für ein Verbot von „eugenischen Abtreibungen“ stimmen. In der Parlamentsfraktion der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) fände die entsprechende Volksinitiative, für die ein Bürgerkomitee derzeit Unterschriften sammelt, sehr viel Unterstützung.